Zweites Blatt. — Nr. 206.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 3. Mai 1892.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Ein Stück Maifeier in Berlin.

I.

Der erste Mai hat uns Aprilwetter gebracht. Bis 9½ Uhr Morgens hielt es sich noch. Zwar schaute der blaugraue Himmel melancholisch drein, und ein leiser kühler Wind wehte einem den Staub ins Angesicht, aber es war wenigstens trocken. Aber dann wurde der Luftzug stärker und das bleiche Gewölk entlud sich. Und nun regnete es in Berlin mit kurzen Unterbrechungen bis tief in die Nacht hinein. Der Regen scheuchte die wenigen Passanten, welche früh Morgens theils aus Neugier, theils in Geschäften auf den Straßen wandelten, wieder in die Häuser, so daß sich das Bild, welches die Stadt bot, in nichts unterschied von dem an sonstigen regnerischen Sonntagen. Nachmittags wurde es etwas lebhafter. Der Proletarier wanderte mit Kind und Kegel in die großen Lokale der äußeren Stadt, um durch einmüthige Feier des internationalen Maifestes dem Bourgeois seine Stärke zu zeigen. Auch ich wollte heute Proletarier sein und „gondelte" per Pferdebahn, das blutrothe schwarzbedruckte Billet in der Hand, nach der Bockbrauerei auf dem Tempelhofer Berg hinaus. Die Fahrt war nicht angenehm; die Atmosphäre in dem dichtbesetzten Tramwaywagen war von dem Geruch naßgewordener frischgewichster Stiefel widerlich verpestet. Mit Genugthuung begrüßte ich es daher, als mir wieder das frische Himmelsnaß das Gesicht netzte. Es war gegen 5 Uhr, als ich den großen Garten der Brauerei betrat. Ein buntes Bild bot sich dem Beschauer dar. Auf der mit rothen Fahnen garnirten Tribüne spielte eine starke Kapelle gerade die Straußsche Quadrille „Die schöne Helena", unter dem großen Zeltdach, vom Regen geschützt, saßen Tausende von Menschen, Greise und Säuglinge, junge Burschen und würdige Familienväter, Frauen und Mädchen. Im Freien tummelten sich die Zukunfts-Sozialisten, und daneben entwickelte sich ein lebhafter Handel mit fliegenden Würsten und rothen Nelken. Es gelang mir, einen Platz unter dem Zeltdach zu erhalten, und ich hatte zunächst Muße, die gratis erhaltene Festzeitung zu studiren. Die erste Seite zeigt eine geschmacklose Apotheose der Revolution und dazu das Freiligrathsche Gedicht:

Jedem Ehre, Jedem Preis!
Wer den wucht'gen Hammer schwingt;
Wer im Felde mäht die Aehren; 2c. . . .

Dann folgt ein mit maßlosen Verdrehungen gefüllter Aufruf an die Proletarier aller Länder zur Einigkeit, in welchem der Bankerott einer barbarischen bourgeoisen Zivilisation verkündet, und alles Heil von der alleinseligmachenden Sozialdemokratie verheißen wird. Weiter folgen Mittheilungen über den Arbeitertag in den Vereinigten Staaten, über den Arbeiterschutz, über die Lage der Bergarbeiter und der Landarbeiter. Bemerkenswerth ist noch die Erinnerung an die Beschlüsse des Pariser Kongresses, deren Andenken in erster Reihe die Maifeier gewidmet sei. Man mag ja im Prinzip einigen dieser Forderungen in Bezug auf Beschränkung der Arbeit von Kindern, der Nachtarbeit und Frauenarbeit, sowie auf Regelung der Sonntagsruhe in ihren Tendenzen zustimmen, aber von den Beschlüssen in Bezug auf Arbeiterschutz sind der erste und der letzte für das Bürgerthum unter allen Umständen unannehmbar, wenn es sich nicht selber den Lebensnerv abgraben will. Unsere heutige Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung hat die Tendenz, daß es Jedem, selbst dem Geringsten, möglich ist, durch Fleiß, Intelligenz oder Geschicklichkeit Großes zu erreichen, und täglich ergänzen sich die maßgebenden Bevölkerungsschichten durch frischen Zuzug aus dem Proletariat. Jeder hat heute, wenn nicht ganz besonders ungünstige Umstände vorliegen, für sich selber den Genuß der Frucht seiner Arbeit. Und das würde mit einem Schlage anders, wollte man den achtstündigen Normalarbeitstag und eine gesetzliche Ueberwachung und Beschränkung der Produktionszeit und -Weise aller Industriezweige, selbst der Hausindustrie, einführen. An Stelle des Strebens würde Gleichgültigkeit treten, und seine freie Zeit würde der Arbeiter wohl kaum zu seiner eigenen Vervollkommnung anwenden, da das Resultat seiner Arbeit ihm gleichgültig sein könnte. Außerdem enthält die Festzeitung noch eine Reihe polemischer Bemerkungen gegen die bürgerlichen Parteien, die als Feinde aller Wohlfahrtsbestrebungen der Arbeiter hingestellt werden. Es wird an keiner Stelle davon gesprochen, daß alle Menschen sich vereinigen sollen, es wird gar nicht der Versuch einer Versöhnung mit dem Bürger gemacht, immer wird nur von dem Proletarier gesprochen, dem allein die verheißenen Segnungen zu Theil werden sollen. Der Bürger ist dem Weltbeglücker der unbekehrbare Feind und Gegner, der natürlich bei dem großen Kladderadatsch auszurotten ist.

Ich hatte die Lektüre beendet, und schon sang der aus etwa 80 Personen bestehende Chor einen „Mahnruf an die Arbeiter". Begeistert klangen die Worte:

„Wir kämpfen nur mit Waffen,
Die das Gesetz geschaffen."

Wenn es nur wahr wäre. Es waren fast alle junge, kräftige Leute, Kaufleute, Handwerker, Kellner und Arbeiter, alle gut gekleidet, die ihre Augen fascinirend-fanatisch auf den spindeldürren Kapellmeister richteten, der mit Zylinder, rothem Taschentuch, Künstlerlocken und spitzer Nase mir ein Photograph zu sein schien. Der Vortrag erntete rauschenden Beifall und es folgte die Marseillaise:

„Der kühnen Bahn, der folgen wir,
Die uns gezeigt Lasalle."

Eine vieltausendköpfige Menge sang wieder und wieder den Refrain. Jetzt wurden noch 2 Musikstücke gespielt, und dann strömte alles hinein in den großen Saal. Ein einzelner Mann kann sich wohl durcharbeiten, und so gewann auch ich zuerst einen guten Stehplatz. Ich knüpfte mit einem Herrn, welcher mit Frau und zwei sehr hübschen Kindern einen guten Tisch besetzt hatte, ein Gespräch an, dessen Resultat war, daß ich einen guten Sitzplatz erhielt. Man erwartete die Festrede. Das Gedränge war zu Zeiten lebensgefährlich. Alle Frauen und Kinder, jugendliche und alte Weltbeglücker wollten sie den Worten ihres Führers lauschen. Aber wunderbar hat mich die musterhafte Ordnung berührt, welche die Massen beherrschte. Nur einmal schien es so, als sollte eine Schlägerei entstehen: 2 weibliche Megären machten sich gegenseitig einen Stuhl streitig, umherstehende Männer, namentlich bekneipte, junge Burschen schienen nicht übel Lust zu haben, eine kleine Schlacht zu entriren, aber zu rechter Zeit kam ein Polizeilieutenant mit einem Wachtmeister, welcher die Ordnung bald wieder herstellte. Um die Menge vollends zu beruhigen, ergriff einer der Festredner das Wort, um der internationalen Sozialdemokratie ein Hoch auszubringen. Das wirkt immer. Die darauf folgende Bitte, doch in der Mitte des Saales einen Gang frei zu lassen, wurde trotz großer Unbequemlichkeiten für viele Festtheilnehmer mit anerkennenswerthem Eifer befolgt. Nachdem das Publikum noch eine Spanne Zeit gewartet hatte, betrat der Polizeilieutenant mit seinem Untergebenen das Podium und durch die Menge ging das Gerücht, es würde jetzt von dem Stadtverordneten Klein eine Rede gehalten werden. Die Beamten nahmen auf dem Podium Aufstellung, ohne daß die Menge Anstoß daran nahm. Nur ein übermüthiger mit rothen Blumen bekränzter Jüngling hielt den Beamten höhnisch einen Stuhl hin; es wurde aber von diesen nicht beachtet und der Vorfall verlief ohne Aufsehen zu erregen. Die Menge wartete noch immer auf die Festrede, die Beamten verließen nach kurzer Zeit die Tribüne und das Gedränge wurde stärker und stärker, denn das ungewohnte Gentlemen-Sein wurde auf die Dauer doch zu unbequem. Fast wurde die Situation langweilig, da flammte plötzlich, von allgemeinem „Ah" begleitet, das elektrische Bogenlicht auf, und nun vertrieb sich das Publikum mit allerlei Kurzweil die Zeit. Wie schon erwähnt, saß ich bei einem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei am Tisch. Der Mann war Zimmermann, er hatte eine reiche Erfahrung, war Jahre lang in Amerika gewesen und hatte überhaupt eine mir in seinem Stande imponirende Bildung. Offen und ehrlich legte er seine Ansichten dar, felsenfest war er überzeugt von der Wahrheit der sozialistischen Lehre. Naturgemäß theilte er auch den großen Fehler aller Anhänger extremer Anschauungen, daß er seine subjektiv individuelle Ueberzeugung als absolute objektive Wahrheit hinstellte. Peinlich berührte mich seine Feindschaft gegen die christliche Religion. Er sagte z. B.: „Ja, wenn man keinen Dreier in der Tasche hat und doch seinen Humor bewahrt, das ist eine gute Gabe der Natur, nicht Gottes — das wäre ja Unsinn." „Aber erlauben Sie mal", entgegnete ich, der ich bisher auch den Sozialdemokraten gespielt hatte, jetzt aber doch für angezeigt hielt, etwas zu opponiren, „warum wollen Sie nicht gelten lassen eine Gabe Gottes? Man kann ja den Gottesbegriff soweit fassen, wie man will; soviel ich weiß, ist doch auch Religion bei der Sozialdemokratie Privatsache; dann sollte man doch nicht das, was Millionen von Menschen das Heiligste ist, profaniren". „Das ist schon richtig", lautete die Antwort, „doch wird ein echter Sozialdemokrat auch immer eine seinen wirthschaftlichen und politischen Anschauungen entsprechende Weltanschauung haben, und das kann nur eine atheistisch-materialistische sein." Und das war der Besten einer. Man mag ja vielleicht den wirthschaftlichen Axiomen der Sozialdemokratie gegenüber sich keineswegs absolut ablehnend verhalten, aber die ethischen Grundsätze derselben sind doch solche, daß jede Nation, welche dauernd in geordneten Verhältnissen leben will, denselben auf das äußerste entgegentreten muß. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Die „Kons. Korresp." schreibt:

Das Vorgehen der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses gegen Herrn v. Helldorf ist von einem Theile der Presse durchaus falsch motivirt und hat zu unberechtigten Vorwürfen gegenüber der konservativen Partei geführt. Wir beschränken uns behufs Klarstellung dieser Angelegenheit auf die folgende Erklärung: „Es ist unrichtig, daß Herr von Helldorf in Sachen des Volksschulgesetzes Seine Majestät den Kaiser und König unehrlich berathen habe. Herr von Helldorff hat, wie durch die genauesten Informationen bestätigt ist, unserem kaiserlichen Herrn gegenüber stets die Nothwendigkeit betont, die Kommissionsberathungen über den Volksschulgesetzentwurf zu Ende zu führen und dadurch die Möglichkeit einer Verständigung offen zu lassen. Es ist ferner unrichtig, daß es der konservativen Fraktion einfallen könnte, in irgend einer Weise politische Ketzerrichterei zu treiben und gegen ein Mitglied der Partei wegen Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen vorzugehen, sofern es sich in der Hauptsache auf dem Boden der Grundanschauungen, welche für die deutschkonservative Partei maßgebend sind, befindet. Für das Vorgehen gegen Herrn von Helldorff war vielmehr im Wesentlichen entscheidend, daß man es mit der Stellung eines Mitgliedes des Gesammtvorstandes der Partei für unverträglich hielt, offen auf die Spaltung der Partei hinzielende Bestrebungen auf seine Fahne zu schreiben.

— Wir haben gestern eine Meldung des „Hann. Kur." wiedergegeben, nach welcher der Besuch des Zaren in Berlin bestimmt in Aussicht genommen sei und bereits die Vorbereitungen zu seinem Empfange getroffen werden. Die Nachricht ist zutreffend. In Petersburger Hofkreisen gilt es, wie wir hinzufügen können, als sicher, daß der Besuch des Kaisers Alexander III. in der deutschen Hauptstadt noch vor den Kopenhagener Festen erfolgen werde.

— Nachdem durch kaiserliche Verordnung vom 24. Januar d. J. bestimmt worden ist, daß das Gesetz betreffend das Reichsschuldbuch vom 31. Mai 1891 mit dem 1. April 1892 in Kraft tritt, hat das Kriegsministerium es — nach den in den allerhöchsten Verordnungen vom 14. März 1850 und vom 20. Mai 1886 vorgezeichneten Grundsätzen — für zulässig erklärt, daß der für Offiziere vom Hauptmann und Rittmeister zweiter Klasse abwärts bei Nachsuchung des Heirathskonsenses erforderliche Vermögensnachweis vom 1. April 1892 ab auch durch eine in das Reichsschuldbuch eingetragene Buchschuld geführt werde, und zwar in gleicher Weise, wie solches durch den kriegsministeriellen Erlaß vom 7. Mai 1885 hinsichtlich des Staatsschuldbuches vorgeschrieben ist. Die kriegsministeriellen Bestimmungen vom 1. Juni 1886 Ziffer 2c, 3c und 5 Absatz 1 finden hiernach vom 1. April 1892 ab ebenso auf Buchschulden des Reichsschuldbuches Anwendung.

— General-Lieutenant von Bartenwerffer, Kommandeur der 34. Division in Metz, den die „Post" als zukünftigen Kriegsminister genannt hat, war bürgerlicher Herkunft und ist 1885 geadelt worden. Derselbe machte 1870 den Feldzug als Hauptmann im 78. Infanterie-Regiment, dessen Chef heute bekanntlich der Reichskanzler Graf von Caprivi ist, mit. Während der ganzen Zeit, wo General von Caprivi das zehnte (hannoversche) Armeekorps kommandirte, hat von Bartenwerffer unter diesem als Brigade-Kommandeur gestanden. 1890 ist er Generallieutenant und Kommandeur der 34. Infanterie-Division geworden.

— Der Wortlaut der erneuten Petition des Magistrats an den Reichskanzler in Angelegenheit des Waffengebrauchs der Wachtposten in den Straßen Berlins hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 23. April 1892.

In der Nacht vom 1. zum 2. April d. J. wurde der Arbeiter Franz Brandt von dem Wachtposten, Grenadier Lück, vor der Kaserne des 3. Garde-Regiments zu Fuß, Portal Wrangelstraße, durch einen Gewehrschuß schwer verwundet. Brandt ist der erlittenen Verwundung erlegen.

Derselbe auf Brandt abgegebene Schuß hat den 47 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Tauber, welcher verheirathet, Vater eines 17jährigen Sohnes ist, schwer verwundet.

Ob der letztere an dem Zusammentreffen des von dem Wachtposten erschossenen Arbeiters Brandt in schuldhafter Weise betheiligt oder gänzlich unbetheiligt war — ob und in welcher Weise der Erschossene den Zusammenstoß mit dem Posten herbeigeführt hat — wird an anderer zuständiger Stelle untersucht.

Wir dürfen uns darauf beschränken, hier festzustellen, daß der Waffengebrauch eines Wachtpostens in kurzer Zeit seit dem letzten, in unserer Vorstellung vom 31. Januar cr. behandelten Vorfall in belebter Stadtgegend ein Menschenleben gekostet und ein anderes im besten Falle sehr ernstlich gefährdet hat.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin hat den in beglaubigter Abschrift hier ganz gehorsamst beigefügten Beschluß einstimmig gefaßt. Wir sind demselben in gleicher Weise beigetreten.

Die vorgetragenen ernsten Thatsachen dieses erneuten Vorfalles, welcher weder in Berlin noch außerhalb Berlins vielfacher in jüngster Vergangenheit liegender Vorgänge entbehrt, dürfte uns jeder nähern Darlegung um so mehr entbinden, als wir, wie erwähnt, bereits unter dem 31. Januar cr. aus einem ähnlichen Anlaß bei Eurer Excellenz eingehend vorstellig geworden sind.

Wir dürfen uns überzeugt halten, daß sich Eure Excellenz sowohl wie auch die sonstigen zur Sache betheiligten Amtsstellen angesichts der sich häufenden, zum Theil verhängnißvollen Thatsachen, der Nothwendigkeit der nachdrücklichen und durchgreifenden Aenderung der Instruktion, betreffend den Gebrauch der Schußwaffen für militärische Wachtposten nicht verschließen.

Es sei uns gestattet nur noch hervorzuheben, daß unseres unmaßgeblichen Dafürhaltens der Wortlaut des § 7 im Gesetze über den Waffengebrauch des Militärs (Gesetz-Sammlung 1837 Seite 60) namentlich in den Worten:

„Das Militär hat von seinen Waffen nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Erreichung der in den vorstehenden §§ 2—6 angegebenen Zwecke erforderlich ist. Der Gebrauch der Schußwaffe tritt nur dann ein, wenn entweder ein besonderer Befehl dazu ertheilt worden ist, oder wenn die anderen Waffen unzureichend erscheinen —"

eine ausreichende Grundlage für die unseres Erachtens unaufschiebliche Verbesserung des zur Zeit Leib und Leben völlig Unbetheiligter beständig gefährdenden Zustandes bieten dürfte.

Diese Aenderung kann auch — was namentlich große Städte angeht — bis zur Entscheidung auf die vom Reichstage in derselben Angelegenheit gefaßten Beschlüsse unserer Ueberzeugung nach nicht weiter aufgeschoben werden.

Eure Excellenz dürfen wir schließlich um Hochgeneigte Bescheidung auf diese, der Stadtverordneten-Versammlung durch uns mitzutheilende Vorstellung ganz gehorsamst bitten.

Magistrat hiesiger königl. Haupt- und Residenzstadt.
gez. Zelle.

** Die bis zum 1. Juli zusammenzustellenden Ergebnisse der ersten Veranlagung zur Einkommensteuer, welche sowohl bezüglich des Gesammtaufkommens aus dieser Steuer, als bezüglich ihrer Vertheilung auf die verschiedenen Einkommensquellen die Unterlage für den zweiten abschließenden Theil des gesetzgeberischen Gesammtwerkes bilden sollen, werden ein ganz zutreffendes Bild von den bestehenden Einkommensverhältnissen noch nicht bieten. Denn erfahrungsgemäß befähigt erst längere Uebung einerseits die Steuerpflichtigen zu einer wirklich zutreffenden Angabe der erst durch verwickelte Rechnung zu findenden Einkünfte, andererseits die Veranlagungsbehörden zu einer so eindringenden Prüfung der Deklarationen, daß auch die geringeren Fehler aufgefunden und berichtigt werden können. Abgesehen von wissentlich falschen Angaben, welche unter der Fülle der Arbeit bei der erstmaligen Veranlagung unentdeckt geblieben sind, harren daher sicher noch zahlreiche Fehler und Irrthümer der Berichtigung. Die Wahrnehmung, daß die veranlagenden Behörden auch mehrfach von unzutreffender Auslegung des Gesetzes ausgegangen sind, und daher in verschiedenen Veranlagungsbezirken im Vergleiche zu dem übrigen Lande wesentlich abweichende Ergebnisse erzielt worden sind, obwohl in einigen besonders auffälligen Fällen schon während des Veranlagungsgeschäfts für Abhülfe gesorgt ist, hat neben den ohnehin darauf hinweisenden Gründen zu einer Anwendung einer allgemeinen Nachprüfung der Ergebnisse der Veranlagung zu dem Zwecke Anlaß gegeben, durch entsprechende Anweisung für die nächste Veranlagung Abweichungen von der Gesetzesvorschrift und demzufolge Ungleichheiten thunlichst zu vermeiden. Die Ergebnisse dieser Nachprüfung werden selbstredend zu einer ziffernmäßigen Berichtigung der vorgekommenen Fehler nicht führen, wohl aber werden sie nutzbar gemacht werden können, um die Unterlagen für die Fortführung der Steuerreform, bezüglich deren es natürlich nur auf annähernde Richtigkeit der Hauptsummen ankommt, sicherer zu gestalten. Man wird daher in der Annahme nicht fehlgehen, daß die mit einer erstmaligen Veranlagung auf der Grundlage der Deklarationspflicht nothwendig verbundenen Ungenauigkeiten nicht zu einer Verzögerung des gesetzgeberischen Werkes führen, letzteres vielmehr auf jeden Fall dem Landtage in der nächsten Session vorgelegt werden dürfte.

Der nächste Schritt, welcher nach dieser Richtung in Aussicht steht, dürfte die Veröffentlichung der Grundzüge für die Kommunalsteuerreform betreffen. Insbesondere sollen die verschiedenen Modalitäten für die Ueberweisung der Ertragsabgaben an die Gemeinden in Denkschriftform in ähnlicher Weise zur Diskussion gestellt werden, wie dies bezüglich der Grundlinien der Neuordnung der Staatsbesteuerung im „Reichs- und Staatsanzeiger" unlängst geschehen ist.

— Der „Reichs-Anz." veröffentlicht das Gesetz vom 20. April 1892 betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken.

Auf Grund des § 11 dieses Gesetz hat, wie der Stellvertreter des Reichskanzlers von Bötticher bekannt macht, der Bundesrath beschlossen, die Grenzen für die Herabsetzung des Gehalts an Extraktstoffen und Mineralbestandtheilen (§ 3 Nr. 4 des Gesetzes), wie folgt, festzustellen: „Bei Wein, welcher nach seiner Benennung einem inländischen Weinbaugebiet entsprechen soll, darf durch den Zusatz wässeriger Zuckerlösung a. der Gesammtgehalt an Extraktstoffen nicht unter 1,5 Gramm, der nach Abzug der nicht flüchtigen Säuren verbleibende Extraktgehalt nicht unter 1,1 Gramm, der nach Abzug der Säuren verbleibende Extraktgehalt nicht unter 1 Gramm, b. der Gehalt an Mineralbestandtheilen nicht unter 0,14 Gramm in einer Menge von 100 Kubikzentimeter Wein herabgesetzt werden.

— In **Breslau** hat am Sonntag ein schlesischer national-liberaler Parteitag stattgefunden, der durch den Syndikus Dr. Eras geleitet wurde. Auf der Tagesordnung stand die Berathung und Beschlußfassung über den Entwurf eines Aufrufs der national-liberalen Partei der Provinz Schlesien. Referent war Professor Kaufmann-Breslau. Folgendes Programm wurde einstimmig genehmigt:

1. Die national-liberale Partei steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich und in dem unerschütterlichen Glauben, daß es der historische Beruf Preußens und der Dynastie Hohenzollern war und bleiben wird, Deutschlands Einheit zu schaffen und zu schützen.

2. Die national-liberale Partei hält fest an dem Satze, daß für unser konstitutionelles Leben nicht abstrakte Theorien über parlamentarisches Regiment gelten, sondern die im Geiste unserer Geschichte auszulegenden Vorschriften der preußischen bezw. der Reichsverfassung.

3. Die national-liberale Partei wird für Heer und Flotte jedes Opfer bringen, das die Lage der Dinge fordert.

4. Sie wird stets bemüht sein, daß ein friedliches Verhältniß zwischen Staat und Kirche herrsche, denn sie weiß die große Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk voll zu würdigen; aber von dem Schutz der Denk- und Glaubensfreiheit und von den nothwendigen und unveräußerlichen Rechten des Staats gegenüber der Kirche wird sie nichts preisgeben, namentlich nicht auf dem Gebiete der Schule und der Ehegesetzgebung.

5. Ebensowenig wird sie rütteln lassen an dem durch Art. 12 der Verfassung verbürgten Grundrecht des Landes, „daß der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig ist von dem religiösen Bekenntniß".

6. In den Grenzgebieten fordern wir den nicht deutschen Elementen gegenüber eine maßvolle aber konsequente Politik, besonders in Sachen der Sprache.

7. In der Kolonialpolitik stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Entwickelung der Verhältnisse es für das deutsche Reich wünschenswerth machte, Kolonien zu erwerben, und halten es für falsch, durch unzeitige Sparsamkeit die Stellung und den Besitz zu gefährden, den wir mit schweren Opfern errungen haben.

8. Auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung fordern wir nach dem schnellen Vorgehen der letzten Jahre eine gewisse Ruhe und erhöhte Vorsicht, um erst abzuwarten, wie die bisher erlassenen Gesetze wirken.

9. Die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirthschaftliche Freiheit werden wir nach wie vor gegen reaktionäre Angriffe vertheidigen. Die in Preußen begonnene Reform der Personalsteuer und die Ueberlassung der Realsteuer an die Gemeinden entspricht einer alten Forderung unserer Partei, für die wir stets eintreten. Im Uebrigen erklären wir, daß nach dem Abschluß der Handelsverträge und nach der Reform der preußischen Steuern zur Zeit keine wirthschaftlichen Fragen vorliegen, die als Parteifragen zu behandeln sind, daß wir aber von den Mitgliedern unserer Partei unbedingt fordern, daß in solchen Fragen ein jeder bestrebt sei, die persönlichen und lokalen Interessen den Interessen des Ganzen unterzuordnen.

10. Wir werden alle Bestrebungen unterstützen, welche dazu beitragen, die Beamten dagegen zu schützen, daß sie wegen der Ausübung ihrer politischen Pflicht und Betheiligung am öffentlichen Leben in ihrer Laufbahn geschädigt oder von ihren vorgesetzten Behörden gemaßregelt werden können.

Wir werden deshalb namentlich bei allen Beamtenklassen dafür eintreten, daß das Aufsteigen im Gehalt durch Alterszulage erfolge, welche dem Beamten nur auf Grund eines Disziplinarverfahrens verkürzt oder entzogen werden dürfen.

11. Auf dem Gebiet der Schule glauben wir zur Zeit keinerlei organisatorische Aenderung empfehlen zu sollen. Auf dem Gebiet der Volksschule stehen sich gegenwärtig die Wünsche der kirchlichen und politischen Parteien zu erregt gegenüber und auf dem Gebiet der höheren Schule die Vertreter der verschiedenen Systeme. Die Gesetzgebung soll sich hier zunächst beschränken auf die Regelung der Dotation und des Berechtigungswesens.

Das Berechtigungswesen fordert eine umfassende und allseitige Umgestaltung. Die bestehenden Bestimmungen leiden an einer ungesunden Ueberschätzung der Schulbildung und nöthigen zahlreiche junge Leute lange Jahre, in denen sie ihren Anlagen und ihrer künftigen Laufbahn gemäß praktisch beschäftigt werden müßten, ohne rechten Gewinn auf den Schulbänken zuzubringen.

12. Auf dem Gebiete des Strafrechts fordern wir die Wiedereinführung der Berufung in Strafkammersachen.

Der Entwurf soll zur Kenntniß der Parteileitung in Berlin gebracht werden behufs Verwendung als Material bei der eventuellen Aufstellung eines neuen Parteiprogramms.

— Man wird es kaum für möglich halten, daß es Sozialdemokraten geben könnte, die Lust haben, Innungsmeister zu werden. Und doch ist dies der Fall. In Neustadt (Oberschlesien) hatten zwei „Genossen" die Aufnahme in die Weber-Innung beantragt, waren aber abgewiesen worden. Die beiden Abgewiesenen beschwerten sich, natürlich erfolglos, beim Magistrat und darauf beim Bezirksausschusse. Es fanden nun zwei Termine statt, in deren ersterem der Obermeister der Weber-Innung auf die Gefahren hinwies, die der Innung aus der Mitgliedschaft erklärter sozialdemokratischer Agitatoren erwachsen müßten und insbesondere darauf, daß die „Genossen" keine Garantie für die moralische und religiöse Ausbildung der Lehrlinge böten. Im zweiten Termine führte der Regierungskommissar aus, daß weder das Gesetz (die Gewerbe-Ordnung), noch das Innungsstatut eine Handhabe gewähren, um den Klägern die Aufnahme zu verweigern. Er gebe zu, daß der Innung die Aufnahme von Sozialdemokraten in ihre Mitte sehr unangenehm sein müsse, aber es lasse sich dagegen nichts machen. Er empfehle der Innung, das Statut dahin abzuändern, daß Sozialdemokraten nicht aufnahmefähig seien. Nach längerer Berathung erkannte jedoch der Bezirksausschuß, daß die Kläger abzuweisen seien.

Die Sozialdemokraten sind über diese Entscheidung eigenthümlicherweise entrüstet. Sie sollten sich doch die Frage vorlegen, was zielbewußte „Genossen" denn eigentlich in einer Innung, die dem Verfall des Handwerks entgegenzuarbeiten und Zucht und Gottesfurcht unter den Lehrlingen und Gesellen zu pflegen den Zweck hat, zu suchen haben. Die Sozialdemokraten sind bekanntlich die Todfeinde der Innungen; ihr Bestreben ist ausgesprochenermaßen darauf gerichtet, das Handwerk, wie die Kleinbetriebe überhaupt zu ruiniren. Wenn also trotzdem Sozialdemokraten Innungsmitglieder werden wollen, so können sie damit doch nur den Zweck verfolgen, der Vereinigung, in die sie sich einzudrängen beabsichtigen, Schaden zuzufügen. Sind aber die betreffenden „Genossen" nur einige von den vielen, die als sogenannte Nachläufer der Sozialdemokraten bezeichnet werden, die also aus ihrer Parteistellung entweder geschäftliche Vortheile zu ziehen, oder vielleicht nur ihre Raisonnirgelüste zu befriedigen suchen, im übrigen aber die „Endziele" nicht billigen, so sind sie erst recht nicht geeignet, Innungsmitglieder zu werden; denn Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit müssen die vorzüglichsten Eigenschaften der Innungsmeister sein. Mögen also die „Genossen" eine eigene Innung gründen; das kann doch gar nicht so schwer sein; denn der „Vorwärts" schreibt: „Im Uebrigen können wir dem Herrn Kommissar ganz im Vertrauen mittheilen, daß uns so manche Innung bekannt ist, bei der kaum mehr ein Mitglied übrig bliebe, wenn eine bezügliche Bestimmung gegen die Sozialdemokraten in das Statut aufgenommen würde." — Also frisch auf, „Genossen", tretet tapfer hervor und gründet sozialdemokratische Innungen! Das wäre wirklich eine wunderbare Komödie!

— Anknüpfend an die vielverbreitete irrige Auffassung, als ob die Kirche allein die Mittel habe, die soziale Frage zu lösen, führte Professor Holtzmann in einem kürzlich vor der akademischen Jugend gehaltenen Vortrage die folgenden bemerkenswerthen Sätze aus:

„Der mit dem Gang der menschlichen Dinge vertraute Beobachter kann diese anscheinend so glückliche Situation der Kirche in Wahrheit nur für eine sehr gefährliche halten. Es ist schon manchmal dagewesen, daß die Kirche zu große Versprechungen gemacht hat und daß dann, weil sie diese nicht einzulösen vermochte, ihre Aktien ebenso tief sanken, wie sie vorher gestiegen waren, so daß eine allgemeine Baisse eintrat. Der Fehler war zunächst ein praktischer, im tiefsten Grunde freilich auch ein theoretischer. Niemand wird, wer Wesen, Aufgabe und Leistungsfähigkeit der Religion recht versteht, ihre unmittelbaren Wirkungen auf Gebiete ausdehnen wollen, die eben zunächst einmal mit den Mitteln der weltlichen Bildung des berechnenden Verstandes, der die Erfahrung zu Rathe ziehenden Wissenschaft bewältigt sein wollen. Uebel kann die Religion nicht immer heben, sie kann sie oft nur ertragen lehren und zeigen, wie der Geist des Guten sich aus ihnen entwickeln läßt. Nach einem bekannten Worte kann keine Philosophie das Zahnweh heilen, und wenn die menschliche Gesellschaft von allgemeinem Gliederweh befallen und zerrissen wird, so werden eben vor Allen die Sach- und Fachkundigen befragt werden müssen, in welcher Weise die Rückwirkung des menschlichen Organismus auf diese oder jene Reize erfolge. Das ist also zunächst eine Sache der Nationalökonomen, der Soziologen, der Politiker. Die bedeutendsten unter den Letzteren haben laut genug bekannt, daß ohne ein kräftiges Aufgebot moralischer Motive, wie die Religion sie im Gefolge und zur Verfügung hat, aller Menschenwitz und Weltverstand sich der hier zu bewältigenden Aufgabe gegenüber für bankerott erklären müßte. Hieran dürfte und sollte sich die Kirche genügen lassen. Sie kann sich selbst auf nichts Anderes einrichten und der Welt nichts Anderes versprechen, als daß sie das thun werde, was sie immer gethan hat, wo sie das Rechte gethan hat; das also, worauf sie von Anfang an angewiesen ist. Sie wird ihre Anstrengungen sogar verdoppeln in dem Maße, als an diesem und jenem Punkte die Noth steigt. Nimmermehr aber darf sie den Schein erwecken, als wäre sie im Besitze irgend welches Universalmittels, um Nöthe und Verlegenheiten zu lösen, die zum guten Theil auf Magenfragen hinauslaufen, mit der Uebervölkerung unseres Welttheils zusammenhängen u. dgl. Es hat den Völkern noch nie gut gethan, wenn sie es leicht mit der Religion nahmen. Es hat aber auch der Kirche nie gut gethan, wenn man die Religion als die Wundermacht nahm, welche ohne Weiteres allen Uebeln in der Welt begegnen, alle Hemmnisse und Beengungen des Lebens beseitigen sollte."

Wiesbaden, 30. April. Wie die „N. Westfäl. Volksztg." vernimmt, bereitet augenblicklich der Geistliche der russischen Kapelle in Wiesbaden die Gemahlin des Großfürsten Michael Michailowitsch zum Uebertritt vor. Bekanntlich hat dieser Großfürst vor Jahresfrist ohne die Erlaubniß des Kaisers sich in San Remo mit der Gräfin Sophie von Merenberg, einer Tochter des Prinzen Nikolas von Nassau, aus seiner morga-

natischen Ehe mit der geschiedenen Natalie von Dubelt, geb. Puschkin, vermählt, die evangelisch getauft und konfirmirt worden ist.

Hagen, 29. April. Im benachbarten Meinerzhagen sind in Folge der Selbsteinschätzung die Zuschläge zur Gemeindesteuer von 355 auf 400 Prozent der Einkommensteuer und von 125 auf 200 Prozent der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhöht worden.

Hamburg, 1. Mai. Der hier verstorbene Kaffee-Großhändler Th. Wille hat ein Vermögen von 70 Millionen Mark hinterlassen. Davon fällt unserem Staate eine Erbschaftssteuer von 7 Millionen zu.

Darmstadt, 2. Mai. (W. B. B.) Die Königin Viktoria von England sowie der Prinz und die Prinzessin Battenberg sind soeben abgereist. Am Bahnhofe hatten sich der Großherzog sowie sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen des großherzoglichen Hauses eingefunden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. Mai. Sämmtliche Klubs sind einig, für den Uebergang zur Tagesordnung über die Anklage gegen den Justizminister Graf Schönborn zu stimmen.

Pest, 2. Mai. (W. T. B.) In einer heute stattgehabten Konferenz der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses kam die von dem Abgeordneten Thaly wegen der in Debreczin vorgefallenen militärischen Unzukömmlichkeiten eingebrachte Interpellation zur Sprache. Der anwesende Vertreter der Regierung skizzirte die von der Regierung zu ertheilende Antwort dahin, daß der der gemeinsamen Armee angehörende Offizier, welcher einen Infanteristen der ungarischen Landwehr mißhandelte, im Disziplinarwege streng bestraft worden sei.

Belgien.

Lüttich, 2. Mai. (W. T. B.) Heute Abend explodirte eine Dynamitpatrone, welche auf der Schwelle eines Hauses am Boulevard Sauveniere niedergelegt war. Die Erschütterung war so heftig, daß das Straßenpflaster und der Flur des Hauses aufgerissen wurden. Der Schaden ist ein beträchtlicher. Das benachbarte Haus ist ebenfalls stark beschädigt. Die Fensterscheiben in allen Stockwerken sind zerbrochen. Die Behörden sind bereits am Thatorte erschienen. In der Bevölkerung herrscht große Aufregung. (Siehe „Telegraphische Depeschen".)

Frankreich.

Paris, 2. Mai. Bemerkenswerth an den ganz im republikanischen Sinne ausgefallenen Gemeinderathswahlen ist die Wahl Wilsons und seiner Liste in Loches, wo der Schwiegersohn Grevys allerdings ansässig ist. Wilson bereitet damit offenbar seinen Wiedereintritt ins Parlament vor. — Der Maire von Roanne verweigerte den dorthin für den 1. Mai kommandirten Truppen die Unterkunft; der Präfekt mußte von Amtswegen ein Gemeinderathsmitglied delegiren, um den Maire zu vertreten. Der Gemeinderath von Troyes, wo die großen Brände stattfanden, ist durchweg sozialistisch-revolutionär. Die Stadt ist jahrelang ohne Polizei, da die Stadtverwaltung konsequent die Mittel dafür verweigert.

Paris, 2. Mai. (W. T. B.) In Fourmies fand heute zum Gedächtniß der bei dem Krawall vom 1. Mai v. J. getödteten Arbeiter eine gottesdienstliche Feier statt. Nach derselben begab sich eine nach mehreren Tausenden zählende Menschenmenge nach dem Kirchhof, wo der Deputirte Lafargue und andere Sozialisten aufreizende Reden hielten.

Paris, 2. Mai. Mehrere mit Explosionstoffen gefüllte Patronen wurden auf den Straßen gefunden und in das städtische Laboratorium gebracht. Die Untersuchung ergab, daß es sich bei einzelnen um ernste Attentatsversuche gehandelt haben müsse.

Paris, 2. Mai. In Grenelle wurden kleine Dynamitpatronen auf dem Straßendamm gefunden. Man vermuthet, daß sie bestimmt gewesen seien, bei einem etwaigen Kavallerieangriff unter den Hufen der Pferde zu explodiren.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 3. Mai. Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports wurde von der Strafkammer 1 hiesigen Landgerichts der Kutscher Friedrich Hensel von hier heute zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. H. wollte am Vormittag des 2. November v. Js. mit einer Fuhre Bauholz, von einem Holzhof kommend, über den Ueberweg am östlichen Ende des Dunzigbahnhofs, als zu derselben Zeit einige Wagen rangirt, in Folge dessen auch geläutet wurde. Angeklagter, der das Läuten hören mußte, durfte in dem Augenblicke nicht herüber fahren, sondern seine Pflicht war es, so lange zu warten, bis die Rangirmaschine vorüber war. Es geschah ein Zusammenstoß, der aber insofern glücklich verlief, als nur das Pferd und Wagen des Hensel auf die Seite fielen. H. soll auch einem Zeugen gegenüber erklärt haben, er habe gedacht, noch herüber zu kommen. Es traf ihn obengenannte Strafe.

* In letzter Nacht ist von ruchloser Hand eine Spiegelscheibe in dem Laden der Schuhwaarenhandlung Reuß und Gemballa in der Schulzenstraße muthwillig zertrümmert worden. Der Thäter ist nicht ermittelt.

* Gestern Abend wurden die Arbeiter Emil Ebert aus Unterbredow und Karl Wendt aus Grabow verhaftet und zur Kustodie gebracht. Beide hielten sich in dem Hause Falkenwalderstraße 115 auf. Der Wirth forderte sie auf, das Haus zu verlassen. Doch hörten die Arbeiter auf die Aufforderung nicht. Einen zufällig hinzukommenden Kriminal-Kommissar beleidigten sie und widersetzten sich. Auf dem Wege soll einer der Arrestanten dem Polizeibeamten als Zeichen der Versöhnung eine Zigarre angeboten haben. Der Revierwächter nahm sich endlich der Arbeiter an und brachte sie in das sichere Gewahrsam.

— Es ist ein eigen Ding mit der Liebe und noch eigenthümlicher ist oft die Ehe, der Bund für das Leben wird oft schnell geschlossen, ohne daß eine eingehende Prüfung erfolgt ist, ob sich das Herz zum Herzen gefunden und die Folge davon ist, daß der Bund wieder noch schneller gelöst wird. — Aber noch nie dürfte eine glückliche Ehe ein so rapides Ende erreicht haben, als eine vor wenigen Tagen hier geschlossene. Die Geschichte hat den Vorzug der Wahrheit, und da unsere Leserinnen für jede Geschichte, in welcher sich Zwei „kriegen", stets Interesse haben, so wollen wir auch diese Heirathsepisode nicht verschwiegen lassen. Ein nicht mehr zu junges Mädchen hatte es durch Fleiß und Sparsamkeit zu einigen Ersparnissen gebracht und sie hatte dieselben dadurch nutzbringend angelegt, daß sie ein Geschäft übernahm, bei dessen Führung aber die Stütze eines Mannes geboten schien. Sie hatte auch bald in der Brust eines Kellners ein Herz gefunden, daß sich ihr ewig weihen wollte und am Freitag Nachmittag 4 Uhr fand denn auch die feierliche Weihe dieses Bundes statt, wozu eine kleine Hochzeitsgesellschaft geladen war. Um 5 Uhr erinnert sich der Bräutigam, daß er früher seine Liebe einer Anderen geschenkt und um diese auch an dem Genuß seines Glückes theilnehmen zu lassen, übersendet er ihr einige ausgesuchten Stücke des Hochzeitskuchens. Doch die verschmäkte Geliebte wollte dem Ungetreuen gekränkter Liebe Rache spüren lassen, sie widerstand jeder Verlockung und sandte um 6 Uhr den Kuchen wieder in das hochzeitliche Haus mit einem Schreiben zurück, dessen Inhalt man in die kurzen Worte zusammenfassen konnte: „Hab' ich nicht Deine Liebe, brauch ich den Kuchen nicht." Um 7 Uhr erfuhr die Braut die kurz nach der Trauung für eine Andere ausgeführte „süße That" ihres Angetrauten und die erste Gardinenpredigt entlud sich über das Haupt des Schuldigen. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung, die damit endete, daß um 8 Uhr der Ehemann seine junge Frau und die Hochzeitsgesellschaft verließ und sich auch nicht wieder sehen ließ. Statt seiner traf am nächsten Morgen ein Brief ein, in welchem er seine Meinung dahin aussprach, daß es am besten wäre, wenn das traute Eheglück wieder durch eine Scheidung aufgehoben würde. Nach wenigen Tagen hatte er sich die Sache aber doch wohl anders überlegt, denn gestern stellte sich der junge Ehemann wieder in der Wohnung seiner Frau ein, um Frieden zu schließen, aber nun war auch dieser ein Licht über den Charakter des Gatten aufgegangen und entrüstet wies sie ihn mit den Worten ab: „Du hast der Liebe Lebewohl gesprochen, Du darfst hinfort nicht mehr mein Ritter sein!" Die Thür fiel ins Schloß und damit wird wohl auch für immer die Pforte des Eheparadieses für Beide geschlossen sein. Der Wahn war kurz — die Flitterwochen noch kürzer!

— Ueber das Vermögen des Handelsmanns Abraham Gurau hierselbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Herr Kaufmann Carpentier; Konkursforderungen sind bis zum 30. Juni bei dem hiesigen Amtsgericht anzumelden.

— Ein Patent ist Herrn H. Lüdcke hierselbst auf einen Schnellfilter für Spirituosen und dergl. ertheilt. Patente haben angemeldet: Herr Mühlenbaumeister und Zivil-Ingenieur J. Heyn hierselbst auf eine Ueberfall-Wehrklappe und Herr Franz Meinke in Körlin a. P. auf ein Schloß mit Hohlschlüssel.

— Am nächsten Sonntag hält der Verein pommerscher Thierärzte in Greifswald seine diesjährige General-Versammlung ab, deren Tagesordnung folgende Gegenstände bietet: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Ueber die Gewebsveränderungen bei der Mästung. Herr Professor Dr. Grawitz. 3. Der jetzige Standpunkt der Fleischschau. Herr Schlachthaus-Inspektor Rohr. 4. Mittheilungen aus der Praxis.

— Der vom Vormunde eines minderjährigen Verletzten gestellte Strafantrag wegen eines Antragsdelikts, bei welchem die Zurücknahme des Antrags gesetzlich zulässig ist, kann, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straffenats, vom 19. November 1891, von dem sodann volljährig gewordenen Verletzten ebenso, wie ein von ihm selbst gestellter Strafantrag, zurückgenommen werden.

— Unter dem Namen von „Konzert-" oder „Quartett-Sängern" ist schon so viel gesündigt worden, daß das Publikum die Ankündigungen solcher Sänger nicht ganz mit Unrecht mit einem gewissen Mißtrauen entgegennimmt; darunter haben aber auch die Gesellschaften zu leiden, welche wirklich Gutes bieten und eine solche veranstaltet gegenwärtig im Saale der Philharmonie humoristische Soireen, es sind die Stettiner Quartett- und Konzertsänger unter Leitung des Herrn Klar. Die aus neun Herren bestehende Gesellschaft zeichnet sich vor vielen anderen durch die Vielseitigkeit des Programms aus, neben Quartett- und Sologesang und humoristischen Scenen werden Violinsolis und Tanzscherze geboten, es fehlt ferner in der Person des Herrn Lidell ein Damen-Imitator nicht und vor Allem sind die mimischen Darstellungen des Herrn Leonhardy sehr beachtenswerth, von drastischer Wirkung sind dessen humoristischen Typen und von frappirender Aehnlichkeit seine politischen Charakterköpfe. Aber auch was von den übrigen Herren geleistet wird, verdient Anerkennung und ist wohl geeignet, das Publikum einige Stunden in heiterste Stimmung zu versetzen und das dies der Fall bewies, gestern Abend der lebhafte Beifall, welcher jeder Piece gezollt wurde. Die Soireen der Sänger finden nur im Laufe dieser Woche statt.

— Die Vorstellungen des Hamburger plattdeutschen Volksschauspiel-Ensembles unter Leitung des Herrn Direktor Stein beginnen morgen Mittwoch in den Zentralhallen und bringt die morgige Vorstellung eine Hamburger Lokalposse „Familie Eggers" und ein Bauernspiel „Vadders Ebenbild". Die Entreepreise bleiben dieselben wie bei den Spezialitäten-Vorstellungen, auch behalten Bons und Vorverkaufsbillets Gültigkeit.

— Der Verein Stettiner Kaufleute hielt am 29. April im Börsensaale eine ordentliche Versammlung ab, in welcher Herr Rektor Lindemann über die Bedeutung kaufmännischer Fortbildungsschulen, wie der Verein eine solche zu errichten anstrebt, sprach. Der Vortragende steht seit Begründung der hiesigen Handwerker-Fortbildungsschulen im Fortbildungswesen, es stehen ihm daher Erfahrungen auf diesem Gebiete zur Seite. Derselbe gab zunächst einen gedrängten Ueberblick über die Entstehung und Entwickelung dieser Schulen, sowie über die Erfahrungen, welche in unterrichtlicher Beziehung in denselben gemacht wurden, und führte aus, wie sich aus der allgemeinen Handwerker-Fortbildungsschule die Fach- und Innungsschulen entwickelt haben. Dem Handwerker standen z. Z. der Entwickelung der maschinellen Großindustrie Lehrlinge mit fast gar keiner Schulbildung zu Gebote, um so segensreicher haben ihrer Selbsterhaltung wegen diese Schulen gewirkt. Darauf wies Redner nach, das das Bedürfniß, Fortbildungsschulen für Handlungslehrlinge einzurichten, gleichfalls bestehe. Einmal fordere dies der geringe Bildungsgrad, mit welchem die meisten jungen Leute in das Geschäft eintreten und zum andern die Form, in welcher die jungen Leute ihre Fortbildung sich aneignen müssen. Die Theorie müsse hier die Praxis unterstützen. — Als unentbehrliche Lehrgegenstände wurden Schönschreiben, deutscher Aufsatz, Rechnen und Buchführung bezeichnet, mit letzterer seien Belehrungen über das Wechselrecht, Bank- und Münzwesen zu verbinden. Als dringend wünschenswerthe Fachlehrgegenstände wurden Waarenkunde, Handelsgeographie, Gesetzeskunde, Volkswirthschaftslehre und neue Sprachen, auch Stenographie genannt. Die Bedeutung jeder dieser Unterrrichtsgegenstände wurde näher dargelegt und gleichzeitig die Lehrmethode für diese Gegenstände angedeutet. Redner fordert ferner, daß die jungen Leute durch Vorträge anzuregen seien, sich mit den wichtigsten Tagesfragen bekannt zu machen, gute Fachschriften und unsere Klassiker zu lesen; denn das erfordere die allgemeine Bildung, die man von einem Kaufmann zu verlangen habe. Die in Aussicht genommene Unterrichtszeit, wöchentlich an einem Wochentage von 4—6 Uhr Nachmittags, wurde als eine recht geeignete bezeichnet, ob des Sonntags eine 3- oder 4stündige Lehrzeit inkl. einer Turnstunde anzustreben sei, bleibt dahin gestellt. Redner forderte eine dreistufige Schule mit aufsteigenden Klassen. Mit der Mahnung, einig zu sein und zu bleiben in diesen Bestrebungen, — denn nur durch Einigkeit könnten die dargelegten Ideen verwirklicht werden, schloß Redner seinen von der zahlreichen Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, für welchen der Vorsitzende, Herr Zimmermann, demselben noch den besonderen Dank des Vereins abstattete. Anmeldungen zum Besuch der Schule, welche Anfang August eröffnet werden soll, nehmen von Nicht-Mitgliedern aller kaufmännischen Branchen die Herren Th. Zimmermann und Alb. Frd. Fischer entgegen.

Zu Punkt 2 verlas der Vorsitzende zwei Antwortschreiben der königl. Polizei-Direktion betreffs einer z. Z. erstatteten Anzeige des Vereins wegen Verkaufs von Dorsch anstatt Schellfisch, wie bezüglich der Sonntagsruhe. — Die letztere Frage wird wohl im Sinne der Petition des Vereins ihre Erledigung finden. Bezüglich der Fischfrage werde der Verein laut Beschluß des Vorstandes die Sache weiter verfolgen.

Herr Zimmermann kommt endlich noch einmal auf das Rabattsystem hiesiger Geschäfte dem Beamtenverein gegenüber zurück.

Weit entfernt, in berechtigte Interessen anderer eingreifen zu wollen, sei es der vornehmste Wunsch des Vereins, mit all seinen Mitbürgern in Frieden zu leben.

Es hätten die verschiedensten hiesigen Geschäfte durch Annonciren in dem Organ des Beamtenvereins den Mitgliedern desselben Rabattsätze versprochen, welche sich zwischen 4 und 25 Prozent bewegten, und erweckten derartige Anpreisungen thatsächlich den Schein, als genössen ausnahmsweise die Mitglieder des Vereins einen pekuniären Vortheil.

Welchen Standpunkt Redner persönlich und mit ihm gewiß der weitgrößte Theil des Vereins der Sache gegenüber einnehme, sei bereits in der vorigen Sitzung gekennzeichnet. Er könne nicht daran glauben, daß es Geschäftsleute giebt, die kurzsichtig genug wären, einen kleinen Bruchtheil unserer Mitbürger pekuniär zu bevorzugen, ein solches System würde erst recht, indem einer den andern zu unterbieten suche, zu noch größerem Niedergange der Geschäfte führen. Was dem einen recht, sei dem andern billig, es könne sich sehr leicht das Gros des Publikums von solchen Geschäften abwenden. Es wurden von drei Seiten solche Prinzipien kritisirt. Es müßten doch die Verkaufsgegenstände um den Rabattsatz höher ausgezeichnet werden, und würde jemand, der einen Rabatt nicht beansprucht, sondern gewöhnt wäre, feste Preise zu zahlen, übervortheilt; es möchten einfach solche Geschäfte gemieden werden. Herr Zimmermann hebt hervor, daß es doch nicht so schlimm gemeint sein könne.

Vermischte Nachrichten.

— Die „Saar- und Blieszstg." in Neunkirchen berichtet: Als Se. Majestät der Kaiser am frühen Morgen des 25. April einen Rundgang um das Halberger Schloß machte, bemerkte er zwei Maikäfer, die sich lustig auf der Erde tummelten. Sofort befahl er einem Adjutanten, die Thierchen sorgfältig einzupacken und an den Kommandeur des Garde-Füsilier-Regiments nach Berlin zu schicken. Der Kaiser bemerkte lächelnd zu dem ihn begleitenden Hausherrn, daß er dies in jedem Frühjahre mit dem ersten Maikäfer, den er finde, so mache. Das Garde-Füsilier-Regiment heißt bekanntlich im Berliner Volksmunde „die Maikäfer".

— In Schönwiesen im Kreise Stuhm soll ein Attentat auf den katholischen Pfarrer Spiering versucht worden sein. Nach dem Bericht des Graudenzer „Gesell." wurde am 24. April gegen Mitternacht an das Fenster geklopft. Als der Pfarrer öffnete, bemerkte er draußen fünf mit Knitteln bewaffnete Kerle; er verscheuchte dieselben durch Allarmiren der Dienstboten. Bisher ist eine Spur der „Attentäter" noch nicht gefunden worden. Sollten nicht böse Buben die Anarchistenfurcht katholischer Geistlicher dazu benutzt haben, dem armen Pfarrer einen Schrecken einzujagen?

Schiffs-Nachrichten.

Danzig, 1. Mai. Von dem in Neufahrwasser liegenden dänischen Dreimastschooner „Ceres II." (Kapitän Christensen) sind in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag beim Sturm 5 Mann von der Besatzung (Schweden und Dänen), nachdem sie ihre Sachen in das Schiffsboot gebracht und reichlichen Proviant aus der Proviantkammer geraubt hatten, im Boot desertirt. Da die polizeilichen Recherchen erfolglos geblieben sind, vermuthet man, daß die Deserteure in See gegangen und vielleicht von schwedischen Fischern aufgenommen worden sind. Es hatte zuvor keinerlei Streit an Bord stattgefunden, und der Kapitän war vollständig überrascht, als am Morgen des Tages, an welchem er abfahren wollte, Niemand an Deck erschien. Er mußte deshalb seine Abreise nach Kopenhagen aufschieben, um eine neue Besatzung zu heuern. Ein ähnlicher Fall von Desertion dürfte in unserem Hafen noch nicht vorgekommen sein.

Kiel, 30. April. Es ist jetzt also bestimmt anzunehmen, daß der Kieler Dampfer „Alarich", Kapitän C. Eggers, im atlantischen Ozean untergegangen ist. Die zuletzt eingetroffene Nachricht von dem Schiff an die Rhederei desselben, Gebrüder Lange in Kiel, stammt vom 22. Februar. An diesem Tage ist das Schiff mit einer Ladung Erz von Nord-Amerika nach Huelva in Spanien in See gegangen und bis jetzt an seinem Bestimmungsorte nicht angekommen. Der Dampfer, vor einigen Jahren gebaut, ist der viertgrößte der in Kiel beheimatheten Schiffe und hatte eine Besatzung von 20 Mann.

London, 27. April. Ein englischer Dampfer, der von Europa nach Brasilien fuhr, fand, wie die letzte Post aus Südamerika meldet, einige Tagereisen von Rio de Janeiro entfernt auf offener See eine Brigantine, die vollständig verlassen zu sein schien, da sie von den Wogen wie ein Fangball hin und her geworfen wurde. Der Kapitän des englischen Dampfers näherte sich dem Schiffe auf Sehweite und entdeckte, daß er die italienische Brigg „Fortunata M." vor sich hatte, die mit guter Fracht von Rio de Janeiro nach Nordamerika unterwegs war. Die Seltsamkeit des Vorfalles veranlaßte den Kapitän, einen mit acht Matrosen und einem Schiffslieutenant ausgerüsteten Rettungskahn in See stechen zu lassen; die Bemannung sollte versuchen, an Bord des Schiffes zu gelangen. Das Schauspiel, das sich den Matrosen bei ihrer Ankunft darbot, war graufig genug: Auf Deck lagen 18 Leichen, die sich bereits im vorgeschrittenen Stadium der Fäulniß befanden. Der Arzt des englischen Dampfers stellte fest, daß das gesammte Schiffsvolk der „Fortunata M." dem gelben Fieber erlegen sei. Die Brigantine war bei ihrer Abfahrt von Rio mit 29 Seeleuten ausgerüstet und stand unter dem Kommando des Kapitäns Antola. 15 Personen müssen also von der schrecklichen Epidemie schon vorher hingerafft worden sein und sind jedenfalls ins Meer geworfen worden; die Uebriggebliebenen, die wohl zu gleicher Zeit erkrankten, konnte Niemand diesen letzten Liebesdienst erweisen. Der englische Dampfer nahm die „Fortunata M." ins Schlepptau und brachte sie nach Rio zurück.

Börsen-Berichte.

Stettin, 3. Mai. Wetter: Regnig. Temperatur + 7° Reaumur. Barometer 758 Millimeter. — Wind: W.

Weizen ruhig, per 1000 Kilogramm loko 205—213 bez., per Mai 206 bez., per Mai-Juni 204 B. u. G., per Juni-Juli 204,50 bez.

Roggen ruhig, per 1000 Kilogramm loko 183—194 bez., per Mai 195,50 B. u. G., per Mai-Juni 191,00 B., per Juni-Juli 185,00 G., per Juli-August 172 G., per September-Oktober 166,00 bez. u. G.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommersches 142 bis 156 bez.

Mais ohne Handel.

Rüböl behauptet, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten —, per Mai 53,50 B., per September-Oktober 52,00 B.

Spiritus ruhig, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 40,8 bez., per Mai 70er 40,5 nom., per August-September 70er 42,2 nom.

Petroleum ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 206,00, Roggen 195,50, 70er Spiritus 40,5, Rüböl —,—.

Berlin, 3. Mai. Weizen per Mai 189,00 bis —,— Mark, per Mai-Juni 187,00 Mark, per Juni-Juli 185,75 Mark.

Roggen per Mai 193,00 bis 192,75 Mark, per Mai-Juni 184,75 Mark, per Juni-Juli 178,50 Mark.

Rüböl per Mai 53,30 Mark, per September-Oktober 51,90 Mark.

Spiritus loko 70er 41,60 Mark, per Mai-Juni 70er 41,20 Mark, per August-September 70er 42,80 Mark, per September-Oktober 70er 41,50 Mark.

Hafer per Mai 144,75 Mark, per Juni-Juli 145,00 Mark.

Petroleum per Mai 21,90 Mark.

London. Wetter: naßkalt.

Berlin, 3. Mai. Schluß-Kourse.

Papier		Kours
Preuß. Consols	4%	106 70
do. do.	3½%	99,80
Deutsche Reichsanl.	3%	85 75
Pomm. Pfandbriefe	3½%	89,40
Italienische Rente		89,40
do. 3% Eisenb.-Oblig.		55,40
Ungar. Goldrente		93,40
Rumän. 1881er amort. Rente		97,80
Serbische 5% Rente		80,10
Griechische 5% Goldrente		57 00
Russ. Boden-Credit	4½%	97,25
do. do. von 1880		94 20
Mexikan. 6% Goldrente		82 60
Oesterr. Banknoten		170 95
Russ. Banknot. Cassa		213 00
do. do. Ultimo		213,50
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110)	4½%	103 75
do. (110)	4%	100,50
do. (100)	4%	100,25
P. Hyp.-A.-B. (100)	4%	
V.—VI. Emission		101,60
Stett. Vulc.-Act. Litt. B		111,75
Stett. Vulc.-Priorität		127,50
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.		—,—
do. 6 proz. Prioritäten		88 00
Petersburg kurz		210 70

Papier	Kours
London kurz	204 15
London lang	203 55
Amsterdam kurz	169,10
Paris kurz	81 15
Belgien kurz	81 00
Bredow. Cement-Fabr.	94 25
Neue Dampf.-Com. (Stettin)	83 50
Stett. Chamotte-Fabr. Didier	194,50
„Union", Fabrik chem. Produkte	116 50
Ultimo-Kourse:	
Disconto-Commandit	193,60
Berliner Handels-Gesell.	139,40
Oesterr. Credit	171 60
Dynamite-Trust	140 75
Bochumer Gußstahlfabrik	118 60
Laurahütte	109,62
Harpener	142,25
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	114,00
Dortm. Union St.-Pr. 6%	56,40
Ostpreuß. Südbahn	77,75
Marienburg-Mlawka-bahn	60 75
Mainzerbahn	114,50
Norddeutscher Lloyd	105,50
Lombarden	41 75
Franzosen	122,90

Tendenz schwach.

Bremen, 2. Mai. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Matt. Loko 5,85 Br. Baumwolle ruhig.

Wien, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 8,93 G., 8,98 B., per Herbst 8,44 G., 8,47 B. Roggen per Frühjahr 9,18 G., 9,23 B., per Herbst 7,74 G., 7,77 B. Mais per Mai-Juni 5,28 G., 5,31 B., per Juli-August 5,43 G., 5,46 B. Hafer per Frühjahr 5,90 G., 5,95 B., per Herbst 5,92 G., 5,95 B.

Amsterdam, 2. Mai. Java-Kaffee good ordinary 52,00.

Amsterdam, 2. Mai, Nachmittags Getreidemarkt. Weizen auf Termine unv., per Mai 204,00, per November 212,00. — Roggen loko geschäftsl., do. auf Termine fest, per Mai 187,00, per Oktober 164,00. — Rüböl loko 26,00, per Mai —,—, per Herbst 25,50.

Antwerpen, 2. Mai. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer unverändert. Gerste unverändert.

Antwerpen, 2. Mai, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 14 bez. u. B., per Mai 14 B., per Juni 13⅞ B., per September-Dezember 14 B. Ruhig.

Paris, 2. Mai, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Behauptet.

		Kours vom 30.
3% amortisirb. Rente	95,85	97,77½
3% Rente	97,05	96,92½
4½% Anleihe	—,—	—,—
Italienische 5% Rente	90,00	89,67½
Oesterr. Goldrente	93,90	93,75
4% ungar. Goldrente	93,62	93,56
4% Russen de 1880	95,25	94,90
4% Russen de 1889	94,30	94,10
4% unifiz. Egypter	493,43	493,12
4% Spanier äußere Anleihe	59,75	59,50
Convert. Türken	19,85	19,85
Türkische Loose	75,85	75,25
4% privil. Türk.-Obligationen	423,75	423,00
Franzosen	618,75	617 50
Lombarden	213,75	211 25
„ Prioritäten	303,00	299,00
Banque ottomane	560,00	558,00
„ de Paris	618,00	612,00
„ d'escompte	167,00	162,00
Crédit foncier	1190,00	1190,00
„ mobilier	150,00	146,00
Meridional-Aktien	618,00	615,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	—,—
„ 5% Obligationen	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	387,50	403,75
Suezkanal-Aktien	2787,00	2810,00
Gaz Parisien	—,—	1405,00
Credit Lyonnais	771,00	—,—
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	—,—	535,00
Transatlantique	—,—	555,00
B. de France	—,—	4130,00
Ville de Paris de 1871	—,—	408,00
Tabacs Ottom.	363,00	361 00
2¾ Cons. Angl.	97,12	—,—
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt.	129 9/16	122 9/16
Wechsel auf London kurz	25,15	25,14½
Cheque auf London	25,16½	25,16
Wechs. Amsterdam k.	206,12	206,12
„ Wien. k.	208,25	208,50
„ Madrid k.	432,50	430,00
Comptoir d'Escompte neue	497,00	498,00
Robinson-Aktien	82,50	83,10

Paris, 2. Mai, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88% loko 36,50 bis 36,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Mai 36,75, per Juni 37,00, per Juli-August 37,25, per Oktober-Januar 35,37½.

Havre, 2. Mai, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Ko.) Kaffee good average Santos per Mai 86,50, per September 81,25, per Dezember 79,75. Ruhig.

London, 2. Mai. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Naßkalt.

London, 2. Mai. 96% Javazucker loko 15,50, ruhig. — Rübenrohzucker loko 12,87, ruhig. Centrifugal Cuba —,—.

London, 2. Mai. Chili-Kupfer 45,50, per 3 Monat 46,00.

Glasgow, 2. Mai. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 4141 Tons gegen 4656 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 2. Mai, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Mai 58,00. Weizen per Juli 90,87.

Newyork, 2. Mai. Bestand an Weizen 37,944,000 Bushels, do. an Mais 6,057,000 Bushels.

Newyork, 2. Mai. Wechsel auf London 4,87. Petroleum in Newyork 6,10, in Philadelphia 6,05, rohes (Marke Parkers) 5,40. Pipe line certif. per Mai — D. 58¼ C. Mehl 3 D. 45 C. Rother Winter-Weizen loko — D. 98⅛ C. Rother Weizen per Mai — D. 90⅛ C., per Juni — D. 89¾ C., per Juli — D. 89⅞ C. Getreidefracht 3,00. Mais per Juni 45¾. Zucker 2⅝. Schmalz loko 6,47. Kaffee Rio Nr. 7 12,75. Kaffee per Juni ord. Rio Nr. 7 11,72. Kaffee per August ord. Rio Nr. 7 11,72. Weizen (Anfangs-Kours) per Mai 90⅞.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 2. Mai, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Mai 4,62½, per Juli 4,75, entfernte Termine 4,82½ Käufer.

Bradford, 2. Mai. (W. T. B.) Wolle ruhiger, stetig. Die jüngsten größeren Einkäufe wurden zu niedrigsten Preisen gemacht. Kolonialwolle nicht in demselben Verhältniß wie in London gestiegen. Garne erfuhren nur geringe Besserung. Stoffe ruhiger.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 3. Mai. Die „Germania" kommt auf einen Artikel der „Düsseldorfer Zeitung" zurück bezüglich der geplanten Wehrverbesserungen und bemerkt, es sei glaubhaft, daß die gewaltige Militärvorlage schon für die nächste Reichstagssession in Aussicht stehe, begreift aber nicht, weshalb die Auflösung des Reichs- und Landtages erfolgen müsse, falls die Militärvorlage nicht angenommen werden sollte.

Wien, 3. Mai. Die „Presse" bespricht die anarchistischen Vorgänge in Paris und schreibt: Die französische Regierung müsse baldigst zeigen, daß sie der Sozialisten Herr werden könne, auch wenn dieselben Dynamitards geworden. Sie müsse ihrer Herr zu werden suchen, wenn nicht bei den nächsten Wahlen aus den Tiefen der geängstigten Bevölkerung urplötzlich ein Retter emporsteigen solle.

Preßburg, 3. Mai. Der heute von Skalitz abgegangene Personenzug der Marchthal-Bahn ist bei der Station Groß-Schützen entgleist, weil der Unterbau durch Regen aufgewühlt worden. Die Maschine ist beschädigt, die Schienen sind zerstört. Mehrere Passagiere haben Verletzungen davon getragen. Ein Hülfszug mit Rettungswagen ist nach der Unglücksstätte abgegangen.

Lüttich, 3. Mai. Gestern Abend gegen 9 Uhr ist ein neues Dynamit-Attentat auf dem Boulevard Souvenière gegen das Palais des Grafen Oulghaie verübt worden. Während der Graf und die Gräfin ausgegangen waren, fand die Explosion statt, welche den Hausgang, die Marmortreppe und das Treppenhaus bis zur ersten Etage hinauf zerstörte. In dem gegenüberliegenden Hause der Bürgergarde, in welchem auch der General Londot wohnt, wurden die Fenster und alles Mobiliar zertrümmert. Das Haus selbst hat schwer gelitten. In sämmtlichen Häusern, welche sich in einer Entfernung bis 200 Meter befinden, wurden alle Fenster zertrümmert. Vor dem Hause Minette hat eine Explosion das Pflaster weithin aufgerissen. Ein Artillerie-Kapitän, welcher den vorgefundenen Sprengstoff untersuchte, erklärt, daß zu demselben nicht Dynamit, sondern „Fortes" benutzt worden sei. Ein Deutscher, welcher im Momente der Explosion flüchtete, wurde verhaftet, doch hat sich gegen ihn kein Schuldbeweis herausgestellt.

Lüttich, 3. Mai. Der des gestrigen Attentats verdächtige Deutsche Georg Peth, Maschinen-Reisender aus Aachen, ist gestern hier eingetroffen. Die wüthende Menge hätte denselben fast gelyncht, obschon er unschuldig zu sein scheint.

Belgrad, 3. Mai. Das erste Miliz-Aufgebot der Belgrader Division ist zum Uebungsdienst bei Pirot einberufen worden. Die Kriegsgerüchte, welche von verschiedenen Seiten an diese Einberufung geknüpft worden sind, entbehren natürlich jeder Begründung.

Sofia, 3. Mai. Die Untersuchung der Rustschuker Bomben-Affaire läßt angeblich keinen Zweifel mehr darüber, daß die Bomben aus Rußland stammen und für Konstantinopel bestimmt waren. Es sind 20 Armenier und ein Bulgare verhaftet worden. Die Regierung nimmt diesen Zwischenfall zum Anlaß strengsten Vorgehens, um der Pforte zu beweisen, daß Bulgarien nicht das Land sei, in welchem Anschläge gegen die Türkei und den Sultan vorbereitet werden können. Der Fall wird bereits demnächst vor dem Rustschuker Gerichtshof zur Verhandlung kommen.

A. Schultz, Frauenstr. 44, Schablonenfabrik.